

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 11-12

Artikel: Bemerkungen zur Wirtschaftspolitik
Autor: Grimm, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-331106>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

JULI/AUGUST 1932

HEFT 11/12
11. JAHRGANG

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Bemerkungen zur Wirtschaftspolitik.

Von *Robert Grimm.*

Die Krisenlage in der Schweiz verschärft sich von Tag zu Tag. Die Krise ist heute schon ebenso umfassend und allgemein, wie in vielen andern kapitalistischen Ländern. Was die allgemeine Wirtschaftslage zur Zeit noch halbwegs erträglich macht, ist die Tatsache ihres im Vergleich zu andern Ländern spätern Auftretens, sind die Reserven, über die die schweizerische Wirtschaft zur Zeit noch verfügt. Aber diese Reserven werden bald genug aufgezehrt sein. Die Außenhandelsziffern sinken von Monat zu Monat. Der Export weist einen erschreckenden Zusammenbruch auf. Die Arbeitslosigkeit wächst trotz ihrer saisonmäßigen Erleichterung. Das Finanzkapital geht gewaltigen Erschütterungen entgegen. Die Fremdenindustrie ist lahmgelegt. Als Gesamtergebnis ist festzuhalten, daß heute alle Zweige der Wirtschaft von der Krise erfaßt sind: die Landwirtschaft, die Industrie, das Klein-gewerbe, der Handel, der Verkehr, die Fremdenindustrie und das Finanzkapital. Nur eine Säule steht augenblicklich noch intakt: die schweizerische Valuta, der Schweizer Franken. Wie lange noch? Darüber werden die kommenden Monate Klarheit schaffen.

Man denkt in der Schweiz etwas langsam und in ökonomischen Fragen mit etwas wenig Weitblick. Weil man die Ursachen des etwas spätern Auftretens der Krise nicht erkannte, glaubte man, die Schweiz würde von der Krise überhaupt verschont. Als sich die ersten Anzeichen bemerkbar machten, glaubte man an eine vorübergehende Erscheinung. Als sich die Anzeichen verstärkten, als bereits Erschütterungen auftraten, suchte man die Störungsursachen auf dem Gebiet der internationalen Politik. Würden diese Ursachen nur erst beseitigt, so würde die Wendung automatisch kommen. Aber die Störungen haben sich nicht gemildert. Sie haben sich im Gegenteil verschärft.

Jede internationale Konferenz endigt entweder mit einer Vertagung der brennenden Probleme oder mit einem glatten Fiasko. In Wirklichkeit wurzeln auch die internationalen politischen Störungen in der Wirtschaft. Ohne diese Ursache zu beheben, ist man nicht imstande, die politischen Störungen zu beseitigen.

Dadurch stellt sich für die sozialdemokratische Wirtschafts- und Krisenpolitik erneut die bisher immer nur zögernd beantwortete Frage: Handelt es sich um eine *Konjunktur-* oder um eine *Systemskrise*? Die Antwort vermag die Analysierung der Oberflächenerscheinungen nicht zu geben. Wir müssen auf das Wesen des kapitalistischen Systems selbst zurückgehen, wollen wir zu einer zutreffenden Beurteilung kommen.

Das Wesen des kapitalistischen Wirtschaftssystems besteht in einer möglichst profitablen Verwertung der Kapitalien. Der Kapitalist will am Ende des Jahres reicher sein als am Anfang des Jahres, zum mindesten aber keine Verluste erleiden. Die Mehrwerttheorie, theoretisch hundertmal bestritten, wird praktisch durch die kapitalistische Wirtschaftspolitik hundertmal bestätigt. Der schon bestehende und neu geschaffene Mehrwert kann nicht brachliegen. Er sucht immer wieder neue Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten. Aber die Kapitalisten verfügen nicht nur über eigenes Kapital. In der Form der Sparkapitalien werden ihnen ungeheure Massen fremder Gelder anvertraut. Sie können nur verzinst oder zu Versicherungsleistungen aller Art herangezogen werden, wenn sie in der Wirtschaft arbeiten.

Solange die Akkumulation des Kapitals die Grenzen der kapitalistischen Expansionsmöglichkeit nicht überschreitet, besteht auch die Möglichkeit, die eigenen und fremden Kapitalien in der Wirtschaft kapitalistisch nutzbringend anzuwenden. Diese Grenze ist heute erreicht. Die Produktion hat einen ungeheuerlichen Umfang angenommen, das Wachstum und die Aufnahmefähigkeit der Märkte längst übertroffen. Die akkumulierten Kapitalmassen können profitabel nicht mehr untergebracht werden.

Die Folgen sind zunächst die gleichen, wie bei den Konjunkturkrisen. Die Produktion wird eingeschränkt, die Konsumkraft sinkt. Da aber bei einer Systemskrise, wie wir sie heute erleben, die Märkte nicht mehr ausgeweitet werden können, ergibt sich ein anderer Verlauf des Krisenbildes.

Die Krise wird allgemein und erstreckt sich auf alle Wirtschaftsgebiete. Jetzt versuchen die Kapitalisten den Zweck: die möglichst profitable Verwendung der Kapitalien durch eine Reduktion der Unkosten zu erzielen. Die Löhne werden gesenkt, die Betriebe rationalisiert, die technischen Einrichtungen vervollkommnet, Produktion und Märkte monopolisiert. Aber diese Mittelchen versagen und müssen versagen, wenn

der Kapitalismus an der Grenze seiner Expansionsfähigkeit angelangt ist. Der einzige Ausweg wäre die Steigerung der Massenkaufkraft. Anstatt sie zu steigern, führen die kapitalistischen Maßnahmen zu ihrer Verminderung. Die Rationalisierung, die Technisierung, die Monopolisierung setzen immer neue Arbeitskräfte frei und steigern die Massenarbeitslosigkeit. Den noch beschäftigten Arbeitskräften werden die Löhne gekürzt. So ist die Senkung, nicht die Steigerung der Massenkaufkraft die unweigerliche Folge.

Aus diesem Grunde und in der Hoffnung auf einen spätern Umschwung, der, wie bei früheren Krisen, noch in weiten Kreisen erwartet wird, wandern die anlagesuchenden Kapitalien in die Produktionsmittelindustrie, nicht in die Industrie der Konsumgüterproduktion. Da der Markt fehlt, kommt auch die Produktionsmittelindustrie ins Wanken. Sie muß es um so mehr, als die Investitionen zu einer gewaltigen Erweiterung des Produktionsapparates führen, dessen Größe in ein immer stärkeres Mißverhältnis zu den wirklichen Absatzmöglichkeiten gerät.

Je unaufhaltsamer dieser Prozeß sich durchsetzt, um so schärfer entwickelt sich die Krise des Finanz- und des Bankkapitals. Die von der Krise betroffenen Industrien zehren zunächst ihre Reserven und Guthaben auf. Um den Betrieb noch halbwegs aufrechterhalten zu können, müssen sie sich nach neuen Geldern umsehen. Je aussichtsloser die Hoffnungen auf einen baldigen Konjunkturuschwung, um so schwerer werden die Bedingungen für die Aufnahme fremder Gelder, um so drückender die Kreditgewährung. Eines Tages wird indes die Kreditgewährung nicht nur verweigert; die bereits gewährten Kredite frieren ein, weil die Betriebe stillstehen oder nur mit Verlusten betrieben werden können. Die Krise greift jetzt mit elementarer Gewalt auf die Banken über. Dann wird folgerichtig auch der Geldumlauf, die Geldzirkulation, von der Krise erfaßt. Es kommt zu Störungen auf einem neuen Gebiet; die Staaten gehen zur Devisenbewirtschaftung über und schaffen ein neues Moment der Krisenverschärfung.

Was wir Sozialdemokraten immer behauptet haben, findet jetzt die tägliche Bestätigung durch die kapitalistische Praxis. Die kapitalistische Wirtschaft ist nicht in der Lage, das Krisenproblem zu lösen, weil es zu einer Frage des Systems, nicht nur der Konjunktur geworden ist. Nur durch eine Aenderung des Wirtschafts- und Gesellschaftszweckes ist die Krise lösbar, nur dadurch, daß an die Stelle der Profitwirtschaft die Wirtschaft zum Zwecke der Bedarfsdeckung gesetzt wird.

Mit dieser Feststellung ist zugleich eine andere wichtige Frage beantwortet. Wird der Sozialismus als Entwicklungsergebnis aus der Krise oder aus der kapitalistischen Prosperität hervorgehen? Erst jetzt beginnt man sich in sozialistischen

Kreisen diese Frage wieder vorzulegen. Lange Jahre hindurch wurde die Meinung vertreten, daß der Sozialismus nach Maßgabe der materiellen Errungenschaften des proletarischen Klassenkampfes entstehen und in der Hauptsache geradlinig im Sinne des mählichen Aufstieges sich durchsetzen werde. Mit diesem Glauben räumt die Systemkrise des Kapitalismus auf. Man beginnt sich allmählich umzustellen und erkennt, daß alle die brennenden Probleme der Gegenwart letzten Endes verknüpft sind mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem selbst und nur seine Beseitigung den Weg für die Höherentwicklung freimachen kann.

Die aus dieser Erkenntnis fließenden Folgerungen liegen auf der Hand. Nicht das kann die Aufgabe der Arbeiterklasse sein, den Kapitalisten zu zeigen, wie sie ihre Gesellschaft und ihr System verbessern oder angeblich gar konsolidieren könnten. Aufgabe der sozialistischen Arbeiterbewegung ist es vielmehr, den breiten Massen die Ursachen der gegenwärtigen Krise aufzuzeigen und sie zum Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem zu erziehen.

Die Erfüllung dieser Aufgabe bedeutet keineswegs die Vertröstung der Arbeiter auf den St. Nimmerleinstag. Im Gegenteil. Je inniger und zielbewußter diese Aufgabe verbunden wird mit den Ereignissen und Bedürfnissen des Alltags, um so erfolgreicher wird sich die Erziehung der Massen zum Sozialismus durchführen lassen.

Der Kapitalismus geht auf den Individualismus und auf den Liberalismus zurück. Heute ist er immer mehr gezwungen, diese Prinzipien zu verlassen. Landwirtschaft, Industrien, Gewerbe, Handel und Verkehr, und neuestens selbst die Banken, rufen die Staatshilfe an. Der Staat selbst greift immer tiefer in die Wirtschaft ein und gestattet sich heute Maßnahmen, die im direkten Gegensatz zu den Grundsätzen der sogenannten freien und ungebundenen Wirtschaft liegen. Hier erwächst nun der Sozialdemokratie die Aufgabe, zunächst diesen Widerspruch immer wieder festzustellen und gleichzeitig das Prinzip der Gemeinwirtschaft in ihrer Politik immer mehr in den Vordergrund zu stellen. Die Gegenwart bietet dafür mehr Gelegenheit, als viele es glauben.

Im allgemeinen haben sich die gewerkschaftlichen Unternehmungen auf staatlicher, kommunaler oder genossenschaftlicher Grundlage gegenüber den Krisenwirkungen viel widerstandsfähiger gezeigt als die privatwirtschaftlichen Unternehmungen. Als der Staat als erste wirtschaftliche Krisenmaßnahme die Einfuhrbeschränkungen zu Ehren zog, haben wir Sozialdemokraten uns dagegen gewendet. Nicht weil wir den Dingen einfach den ungehemmten Lauf lassen wollten. Aber wir erkannten, daß Einfuhrbeschränkungen und Kontingentierungsmaßnahmen gerade für die Schweiz verhängnisvoll

werden müssen, wenn sie nicht in Verbindung mit andern staatlichen Wirtschaftsmaßnahmen stehen. Als Exportland kann die Schweiz nicht einseitig die Einfuhr beschränken, ohne riskieren zu müssen, daß ihr als Gegenmaßnahme des Auslandes der Export abgeschnitten wird. Diese Einsicht ist jetzt endlich durchgedrungen, aber man bleibt auf halbem Wege noch stehen. Der Kompensationsverkehr, der in Wirklichkeit nichts anderes als ein Stück planmäßiger Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen ist, wurde aufgenommen. Statt indes das einfachste und zuverlässigste Organisations-system zu wählen, das zugleich einen weitgehenden Schutz der Konsumenteninteressen bedeuten würde, begnügte man sich mit der Schaffung von zentralen Einfuhrstellen. Diese Stellen werden von der Privatwirtschaft verwaltet. Je länger die Krise dauert, um so deutlicher wird sich zeigen, daß diese halben Maßnahmen nicht genügen. So sehr sich die Behörden und die Kapitalisten gegen die unter staatlicher Aufsicht und nach staatlichen Weisungen handelnden monopolartigen Organisationen wehren, so sehr ist es nur eine Frage der weitem Krisenentwicklung, daß dem ersten halben Schritt der zweite zur Verwirklichung der Handelsmonopole folgen wird.

In einer außerordentlichen Session hat die Bundesversammlung soeben die Errichtung einer eidgenössischen Darlehenskasse beschlossen. Man nannte das neue Institut nicht ohne Witz: die Pfandleihanstalt der Banken. Zwar reicht der Geschäftskreis theoretisch viel weiter. Das Kreditinstitut soll allgemein in der Schweiz domizilierten Firmen Darlehen gegen unterpfändliche Sicherheit gewähren. Den eigentlichen Anstoß zur Gründung der Darlehenskasse aber gaben die Privatbanken mit ihren gefährdeten und eingefrorenen Auslandsguthaben. Das Institut ist diesmal eine Staatsanstalt mit eigener juristischer Persönlichkeit und einem vom Bundesrat bezeichneten Verwaltungsrat. Haftbar für seine Verbindlichkeiten ist ein Garantiekapital von 100 Millionen Franken, an dem sich die Privatwirtschaft mit 25, der Bund mit 75 Prozent beteiligt. Darüber hinaus aber soll der Bund mit weitem 200 Millionen Franken beispringen können.

Vorgesehen ist, daß die Darlehen nur gegen unterpfändliche Sicherheit gewährt werden können. Darin soll die Garantie für die Güte des Geschäftes liegen. Lügen die Dinge in Wirklichkeit so, die Privatbanken hätten sich das Geschäft nicht entgehen lassen und die Darlehen selber gewährt. In Wahrheit ist aber die Sicherheit der Unterpfänder sehr fragwürdig. Die deponierten Wertschriften werden durch die Wirtschaftskrise beeinflußt. Man rechnet heute schon mit weitgehenden Entwertungen. Daraus ergeben sich gewaltige Opfer, und diese Opfer wird in der Hauptsache der Bund zu tragen haben. Wird die Maximalgrenze der Darlehen mit 300 Millionen Franken erreicht, so

haften die Privatbanken und Unternehmungen, die sich am Garantiekapital beteiligen, mit nicht einmal ganz zehn Prozent des Risikos, der Rest geht zu Lasten des Staates.

Wir stehen also wieder vor den gleichen Erscheinungen wie bei den andern wirtschaftlichen Notstandsmaßnahmen des Staates. Der staatliche Charakter der Darlehenskasse täuscht darüber nicht hinweg. Zwar werden die Organe der Verwaltung vom Bundesrat bezeichnet. Gleichzeitig trägt er das Hauptrisiko. Aber eine Kontrolle der Banken und eine Einflußnahme auf ihre Geschäftstätigkeit lehnt der Staat großmütig ab. Während für die Ausrichtung von Subventionen an die Arbeitslosenversicherung die schikanösesten Maßnahmen angewendet werden, während sich hier die subventionierende Verwaltung in die kleinsten persönlichen Dinge einmischt, werden durch die Darlehenskasse den notleidenden Privatbanken und Unternehmungen großzügig Staatsmittel zur Verfügung gestellt, ohne Rechenschaft über die Verwendung dieser Staatsmittel zu fordern.

Die staatlichen Hilfsaktionen sind damit noch nicht erschöpft. Der Eidgenössischen Darlehenskasse wird die Hoteltreuhandgesellschaft in neuer Auflage folgen. In den Kantonen werden mit Bundeshilfe Notstandskassen zugunsten der Landwirtschaft gebildet. Alle diese Vorgänge zeigen, daß die Privatwirtschaft aus eigenen Kräften nicht mehr lebensfähig ist. Sie kann sich nur noch mit Staatshilfe durchschlagen. Das Wirtschaften hat praktisch aufgehört, nur eine ausschließliche Angelegenheit des einzelnen zu sein. Hier erwachsen der Sozialdemokratie große, unmittelbar praktische Aufgaben, die ihrer Natur nach in direkter Verbindung mit dem Zweck und Endziel des Sozialismus: mit der Gemeinwirtschaft stehen. Je deutlicher sich der Charakter der Systemkrise abhebt, je mehr der Vorstellung vom Bestehen einer bloßen Konjunkturkrise der tatsächliche Boden entzogen wird, um so kühner und entschlossener muß die Sozialdemokratie fordern, daß der Staat sich nicht nur damit begnügt, die Passiven, die Pleite der Privatwirtschaft zu sozialisieren. Ist der Staat gut genug, die schlechten Risiken der Wirtschaft zu übernehmen, so soll er auch das Recht auf ihre Aktiven haben und durch die planvolle Leitung der Wirtschaft für die Verbreiterung des Lebensraumes der breiten Massen sorgen. Dieser Hauptaufgabe hat sich die schweizerische Sozialdemokratie zu widmen, mit diesem Ziel alle ihre andern Aktionen zu kombinieren.
